



Slum Tondo in Manila, Philippinen, 2014.
Foto: © Dewald Brand, Miran für Oxfam

EIN WIRTSCHAFTSSYSTEM FÜR DIE SUPERREICHEN

Wie ein unfaires Steuersystem und Steueroasen die soziale Ungleichheit verschärfen

Die Spirale der wachsenden sozialen Ungleichheit dreht sich weiter: Mittlerweile besitzt ein Prozent der Weltbevölkerung mehr Vermögen als der Rest der Welt zusammen. Nur 62 Menschen besitzen genauso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Das derzeitige Wirtschaftssystem kommt vor allem den Reichen zugute und vertieft weltweit die Kluft zwischen Arm und Reich. Ein wesentlicher Grund ist eine ungerechte Steuerpolitik. Reiche Einzelpersonen halten in Steueroasen rund 7,6 Billionen US-Dollar versteckt, neun von zehn großen Unternehmen haben mindestens eine Tochterfirma in Steueroasen. Sie entziehen sich damit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung. Wer soziale Ungleichheit und Armut bekämpfen will, muss Steuergerechtigkeit schaffen und Steueroasen trockenlegen.

1. DAS AKTUELLE AUSMASS SOZIALER UNGLEICHHEIT

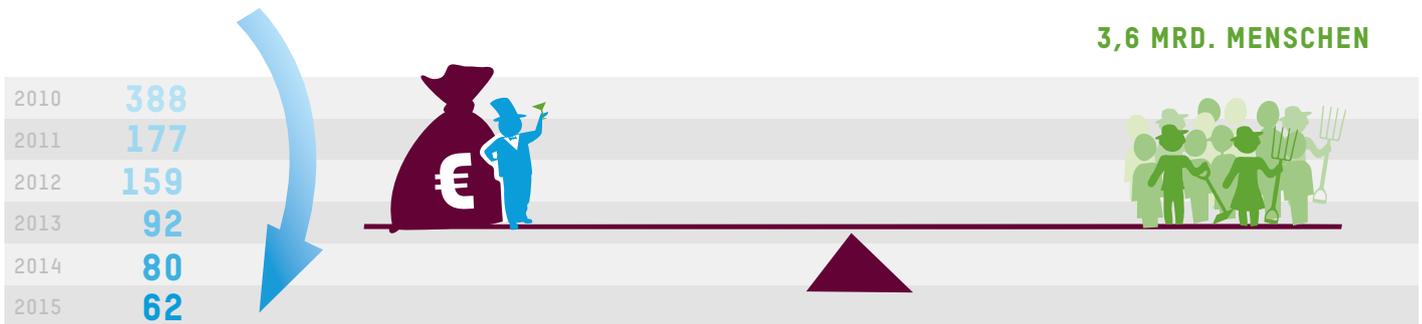
Führende Wirtschafts- und Finanzinstitutionen wie der Internationale Währungsfonds (IWF) oder die OECD sind sich einig: Die wachsende soziale Ungleichheit wird weltweit zu einem immer größeren Problem. Dies unterstreicht der neueste Oxfam-Bericht „An Economy for the 1%. How

privilege and power in the economy drive extreme inequality and how this can be stopped“, den die internationale Entwicklungsorganisation am 18. Januar 2016 anlässlich des Weltwirtschaftsforums in Davos veröffentlicht.¹



OXFAM
Deutschland

WENIGE REICHE MENSCHEN BESITZEN SO VIEL VERMÖGEN WIE DIE GESAMTE ÄRMERE HÄLFTE DER WELTBEVÖLKERUNG²

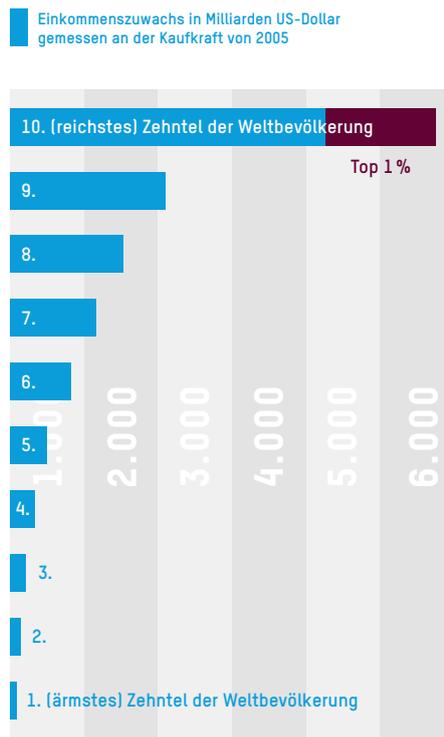


Demnach ist die Einkommens- und Vermögensungleichheit schockierend groß:

- Das reichste Prozent der Weltbevölkerung verfügt über mehr Vermögen als der Rest der Welt zusammen – dies zeigt eine Analyse der Zahlen des Credit Suisse Wealth Reports 2015.³
- 2015 besaßen 62 Einzelpersonen (davon 53 Männer) genauso viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung, das heißt rund 3,6 Milliarden Menschen. Der Trend ist eindeutig: 2010 besaßen noch 388 Individuen so viel wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung zusammen genommen, 2014 waren es 80 Personen.⁴
- Das Vermögen der reichsten 62 Personen ist in nur fünf Jahren um 45 Prozent gewachsen. Dies entspricht einem Anstieg von mehr als einer halben Billion US-Dollar (542 Milliarden US-Dollar) auf 1,76 Billionen US-Dollar in 2015.⁵
- Im gleichen Zeitraum ist das Vermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung um rund eine Billion US-Dollar zurückgegangen. Dies entspricht einer Reduzierung um 38 Prozent.⁶
- Seit dem Jahr 2000 ging nur ein Prozent der gesamten weltweiten Vermögensgewinne an die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Die Hälfte aller Vermögensgewinne entfiel hingegen auf das reichste Prozent.⁷

- Das durchschnittliche Jahreseinkommen der ärmsten zehn Prozent der Weltbevölkerung ist zwischen 1988 und 2011 um weniger als drei US-Dollar gestiegen. Das tägliche Einkommen dieser Gruppe ist jedes Jahr um weniger als ein US-Cent gewachsen. Demgegenüber kamen 46 Prozent der seit 1988 verzeichneten weltweiten Einkommenszuwächse den reichsten zehn Prozent zugute (siehe folgende Grafik).

WELTWEITER EINKOMMENSZUWACHS FÜR JEDES ZEHNTTEL DER WELTBEVÖLKERUNG IN DER ZEIT VON 1988 BIS 2011⁸:



Deutschland

Im Vergleich zu anderen OECD-Ländern ist in Deutschland die Ungleichheit bei Vermögen, Einkommen und Chancen besonders hoch und in den vergangenen Jahrzehnten massiv angestiegen.

- Die reichsten zehn Prozent der Haushalte in Deutschland besitzen mindestens 63 Prozent des Gesamtvermögens.⁹ Der größte Anteil dieser Vermögensungleichheit geht auf Erbschaften und Schenkungen zurück.
- Deutschland weist die höchste Vermögensungleichheit in der Eurozone auf.¹⁰
- Die Lohnspreizung hat in Deutschland seit dem Jahr 2000 erheblich zugenommen. Die Löhne der ärmsten zehn Prozent der sozialversicherungspflichtig Vollzeit-Beschäftigten sind inflationsbereinigt zwischen 2000 und 2005 um zwei Prozent gesunken und zwischen 2005 und 2010 um weitere sechs Prozent. Die reichsten zehn Prozent in der Einkommensskala haben dagegen enorm hinzugewonnen.¹¹

2. GRÜNDE FÜR DIE WACHSENDE SOZIALE UNGLEICHHEIT

Ein wesentlicher Grund für die zunehmende Konzentration und Ungleichverteilung von Vermögen und Einkommen sind die hohen Renditen, die durch Kapitalanlagen erzielt werden und der geringe Lohnzuwachs bei Angestellten und Arbeiter/innen. In fast allen reichen Ländern und in den meisten

Entwicklungsländern ist der Anteil des Nationaleinkommens, das an Arbeiter/innen und Angestellte geht, zurückgegangen. Dies bedeutet, dass die Mehrheit der Gesellschaft immer weniger von den durch wirtschaftliches Wachstum erzielten Wohlstandsgewinnen profitiert.

Demgegenüber konnten Kapitalbesitzer/innen ihr Vermögen stetig vermehren, zum Beispiel durch Zinseinnahmen oder Dividenden, mit Steigerungen, die über den Wachstumsraten des Bruttonationaleinkommens lagen. Dazu beigetragen haben auch Steuervermeidung und die Senkung von Steuern auf Kapitalgewinne. Hinzu kommt eine immer größer werdende Diskrepanz zwischen dem Verdienst von Angestellten und Arbeiter/innen, der in den vergangenen Jahren stagnierte, und den Salären der Führungskräfte großer Unternehmen, die in den vergangenen Jahren geradezu explodierten. Zum Beispiel in den USA: Die Einkommen der Geschäftsführer/innen in den großen US-Unternehmen, zumeist Männer, haben sich seit 2009 mehr als verdoppelt (Anstieg um 54 Prozent), während die durchschnittlichen Gehälter normaler Angestellter sich nur leicht verändert haben.¹² Der Chef von Indiens größtem IT-Unternehmen verdient 416-mal so viel wie ein normaler Angestellter dieser Firma.¹³ Auch in Deutschland ist die Schere groß: Im Jahr 2014 verdiente ein Vorstand eines Dax-Konzerns in Deutschland durchschnittlich 54-mal so viel wie ein durchschnittlicher Angestellter.¹⁴

3. WARUM SOZIALE UNGLEICHHEIT EIN PROBLEM IST

Wachsende Einkommens- und Vermögensunterschiede wirken sich auf die ärmsten Teile der Bevölkerung am deutlichsten aus, insbesondere in armen Ländern. Soziale Ungleichheit führt dazu, dass Gesellschaften auseinanderdriften, es ihnen an sozialem Zusammenhalt fehlt. Menschen fühlen sich um die Früchte ihrer Arbeit betrogen, ausgegrenzt, nicht anerkannt. Das schürt Politikverdrossenheit, Spannungen und Gewalt. Soziale Ungleichheit ist aber auch schlecht für nachhaltiges Wirtschafts-

wachstum und behindert die Armutsbekämpfung.

Zwischen 1990 und 2010 hat sich die Zahl der Menschen, die weltweit in extremer Armut leben, halbiert.¹⁵ Aber wäre die Ungleichheit in vielen Entwicklungsländern während dieser Phase nicht gestiegen, und hätten stattdessen die ärmeren Bevölkerungsteile stärker als die Vermögenden vom Wirtschaftswachstum profitiert (sog. Pro-Poor-Growth), dann hätte die weltweite Armut nach Schätzungen des Overseas Development Institute (ODI) sogar um rund zwei Drittel gesenkt werden können.¹⁶ Derzeit leben laut Weltbank-Schätzung noch immer 700 Millionen Menschen in extremer Armut.¹⁷ Ökonomen der Weltbank haben berechnet, dass die extreme Armut bis 2030 nur dann beseitigt werden kann, wenn es Pro-Poor-Growth gibt. Andernfalls würden dann noch immer rund 450 Millionen Menschen in extremer Armut leben.¹⁸

Soziale Ungleichheit bremst das Wirtschaftswachstum. Kinder aus sozial schwächeren Familien haben weniger Bildungschancen und erreichen ein im Vergleich zu Kindern aus einkommensstärkeren Verhältnissen geringeres Bildungsniveau, was sich negativ auf das Wirtschaftswachstum auswirkt.¹⁹ Einkommenszuwächse für die Mehrheit der Bevölkerung fördern die Konsumgüterindustrie und stützen die Steuerbasis, wodurch das Wachstum von öffentlichen Diensten angeregt wird. Laut OECD hätte das Wachstum in Deutschland zwischen 1990 und 2010 deutlich höher ausfallen können (32 statt 26 Prozent), wenn die Einkommensungleichheit in diesem Zeitraum nicht gestiegen wäre.²⁰

Laut Untersuchungen des IWF kennzeichnen Länder mit einer hohen Einkommens- und Vermögensungleichheit auch größere Unterschiede zwischen Frauen und Männern in Bezug auf Bildung, Gesundheit, Teilnahme am Arbeitsmarkt und politische Teilhabe in Parlamenten. Die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern sind in Gesellschaften mit starker Ungleichheit deutlich höher.²¹

4. WIE STEUEROASEN DIE SOZIALE UNGLEICHHEIT VERSCHÄRFEN

Steueroasen sind Staaten oder Gebiete, die keine oder besonders niedrige Steuern auf Einkommen, Gewinne oder Vermögen erheben und dadurch als Wohnsitz für Personen und als Standort für Unternehmen steuerlich attraktiv sind. Es sind reiche Einzelpersonen und große Unternehmen, die diese globale Steuervermeidungsarchitektur in Anspruch nehmen, Vermögen und Gewinne unbesteuert und auf undurchsichtigen Wegen in Steueroasen transferieren und sich so ihrer gesellschaftlichen Verantwortung entziehen.

- Nach Oxfam-Schätzung haben neun von zehn großen Unternehmen mindestens eine Niederlassung in einer Steueroase (nach einer Analyse von über 200 Unternehmen, darunter die weltweit größten Konzerne und die strategischen Partner des Weltwirtschaftsforums in Davos).²²
- Entwicklungsländer verlieren durch die Steuervermeidung von multinationalen Konzernen jährlich mindestens 100 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen.²³
- 2014 waren die Investitionen von Unternehmen in Steueroasen fast viermal so hoch wie im Jahr 2001.²⁴
- Reiche Einzelpersonen haben laut einer Schätzung des französischen Wirtschaftswissenschaftlers Gabriel Zucman derzeit Vermögen in Höhe von rund 7,6 Billionen US-Dollar in Steueroasen angelegt. Das ist mehr als das Bruttosozialprodukt Deutschlands und Großbritanniens zusammen. Den Heimatländern dieser Personen entgehen dadurch rund 190 Milliarden US-Dollar an Steuereinnahmen.²⁵
- Fast ein Drittel (30 Prozent) des Vermögens reicher Afrikaner/innen – rund 500 Milliarden US-Dollar – sind in Steueroasen angelegt. Dadurch verlieren ihre Heimatländer schätzungsweise 14 Milliarden US-Dollar pro Jahr an Steuereinnahmen.²⁶ Dieser Betrag

würde ausreichen, um eine Gesundheitsversorgung zu schaffen, mit der vier Millionen Kindern das Leben gerettet würde,²⁷ und um genügend Lehrpersonal für alle afrikanischen Kinder einzustellen.²⁸

- Der Bankensektor ist das Herz des internationalen Steuervermeidungssystems. 72 Prozent des in Steueroasen angelegten Vermögens wird von nur 50 Banken verwaltet.²⁹

Das globale Steuervermeidungssystem entzieht reichen Ländern dringend benötigte Ressourcen zur Finanzierung des Wohlfahrtsstaats und der öffentlichen Infrastruktur, von der auch große Unternehmen abhängig sind. Es verhindert eine gerechtere Verteilung von Ressourcen, ohne die soziale Ungleichheit nicht bekämpft werden kann. Auch den Bürger/innen in armen Ländern werden die notwendigen Gelder vorenthalten, die zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ungleichheit dringend benötigt werden, insbesondere Investitionen in Bildung, Gesundheitsversorgung und soziale Sicherung.

Verschärft wird dieses Problem durch eine von vielen Ländern verfolgte Politik, die Unternehmen mit extremen Steuerergünstigungen anlockt, was zu einem ruinösen internationalen Wettbewerb um die niedrigsten Steuersätze führt. Um ihre Einkommensbasis zu sichern, haben sich deshalb viele Staaten darauf verlegt, Konsumsteuern anzuheben. Dies wiederum trifft überproportional die ärmeren Teile der Bevölkerung, zum Beispiel in den europäischen Krisenländern Portugal, Spanien, Griechenland, Irland und Italien.

5. MASSNAHMEN FÜR MEHR STEUERGERECHTIGKEIT UND EIN ENDE DER STEUEROASEN

Weltbank-Präsident Jim Kim hat Steuervermeidung als eine „Form der Korruption auf Kosten der Armen“ bezeichnet.³⁰ Das Netz von Steueroasen ist ein System, das vor allem für die Vermögenden geschaffen wurde und diese Korruption befördert. Die Steueroasen trockenzulegen und eine gerechtere Steuerpolitik zu schaffen, ist daher zentral, um soziale Ungleichheit zu

bekämpfen. Die Politik muss die Anliegen der Bevölkerungsmehrheit über die Interessen des reichsten Prozents der Gesellschaft stellen. Oxfam fordert deshalb ein Wirtschafts- und Finanzsystem, von dem alle profitieren – und in dem für Steueroasen kein Platz ist.

Im Rahmen der G20 und der OECD wurden erste Schritte getan, um die Steuervermeidung einzudämmen. Dazu zählen der umfassende automatische Informationsaustausch über Finanzkonten zwischen Staaten und Jurisdiktionen, an dem auch Länder wie die Schweiz teilnehmen, oder der kürzlich verabschiedete G20-Aktionsplan zur Bekämpfung der Gewinnkürzung und -verlagerung von Unternehmen (Base Erosion and Profit Shifting – BEPS).

Dies zeigt, dass Veränderungen möglich sind. Wesentliche Probleme des internationalen Steuersystems aber wurden hierbei bisher nicht angegangen, und insbesondere die Entwicklungsländer sind bei der Neugestaltung des weltweiten Steuerregimes bislang außen vor. Entsprechend sind ihre Interessen kaum reflektiert.

Die Regierungen im globalen Norden und Süden müssen sich daher im Rahmen eines koordinierten weltweiten Ansatzes auf weitere Schritte verständigen, die allen Ländern zugutekommen, um die Steuervermeidung von Unternehmen und reichen Einzelpersonen zu unterbinden und Steueroasen auszutrocknen. Dies bedeutet insbesondere:

1 Unternehmen zu einer öffentlichen länderbezogenen Berichterstattung verpflichten

Unternehmen sollten dazu verpflichtet werden, für jedes Land, in dem sie tätig sind, einen Bericht über die jeweilige Anzahl der Beschäftigten, die Vermögenswerte, Verkäufe, Gewinne und (ausstehende und bereits gezahlte) Steuern zu erstellen und diesen der Öffentlichkeit – und nicht nur den Steueradministrationen – zugänglich zu machen. So können Medien, Wissenschaft und zivilgesellschaftliche Organisationen die Steuerzahlungen von Konzernen nachvollziehen und auf mögliche Unregelmäßigkeiten hin überprüfen. Die demo-

kratische Rechenschaftspflicht würde dadurch gestärkt.

2 Den ruinösen Wettlauf um die niedrigsten Steuersätze beenden

Steueranreize für multinationale Unternehmen müssen transparent gemacht werden. Das hat nicht zuletzt der LuxLeaks-Skandal gezeigt. Zu erfassen sind etwa Ausnahmeregelungen oder Befreiungen bei Körperschafts- und anderen Steuern. Bevor Unternehmen Steuerergünstigungen gewährt werden, muss eine Kosten-Nutzen- und Alternativen-Analyse erfolgen. Zudem müssen international angemessene Mindeststeuersätze für Unternehmen, zum Beispiel in Höhe von 25 Prozent auf Gewinne, eingeführt werden.

3 Faire Steuern einführen

In vielen Ländern wurden in den vergangenen Jahren vor allem Löhne und Konsum steuerlich belastet. Stattdessen müssen Vermögen, Kapitalgewinne und hohe Einkommen deutlich stärker besteuert werden. Es sollten öffentliche Register über wirtschaftliches Eigentum geschaffen werden, um die wirtschaftlich Berechtigten aller Firmen, Stiftungen und Trusts offenzulegen und so die Voraussetzungen für eine faire Besteuerung zu schaffen.

4 Das internationale Steuersystem reformieren

Die Interessen von Entwicklungsländern sind innerhalb des bestehenden internationalen Steuerregimes kaum berücksichtigt. Es ist deshalb eine legitime zwischenstaatliche, alle Länder umfassende Steuerinstitution auf UN-Ebene erforderlich. Dies ist eine langjährige Forderung der Entwicklungsländer, die von den Industrieländern bislang konsequent abgewehrt wird. Aufgabe dieser Institution sollte es sein, negative weltweite Auswirkungen von nationalen Steuerregelungen zu untersuchen und das internationale Steuersystem ausgewogen zum Vorteil aller zu reformieren.

ANMERKUNGEN

- 1 D. Hardoon, R. Fuentes-Nieva and S. Ayele (2016): An Economy for the 1%: How privilege and power in the economy drive extreme inequality and how this can be stopped, Oxford: Oxfam, <https://www.oxfam.de/economy-1-percent>.
- 2 Credit Suisse (2015): Global Wealth Databook 2015, Zürich, <http://publications.credit-suisse.com/tasks/render/file/index.cfm?-fileid=C26E3824-E868-56ED-CCA04D4BB9B9ADD5>.
- 3 Berechnung auf Grundlage des jährlich erscheinenden Credit Suisse Wealth Databook und der jährlichen Forbes-Liste „The World’s Billionaires“. Anlässlich des Weltwirtschaftsforums 2014 wies Oxfam darauf hin, dass im Jahr 2013 die 85 reichsten Menschen so viel Vermögen besaßen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Aufgrund einer veränderten Berechnungsgrundlage von Credit Suisse wurde diese Zahl später auf 92 korrigiert. In der Tabelle ist die korrigierte Zahl ausgewiesen.
- 4 Aktualisierung einer Oxfam-Berechnung von 2014 und 2015, vgl. R. Fuentes-Nieva und N. Galasso (2014): Working for the Few. Political capture and economic inequality, Oxford: Oxfam, <https://www.oxfam.org/en/research/working-few>; und D. Hardoon (2015): Wealth: Having it all and wanting more, Oxford: Oxfam, <https://www.oxfam.org/en/research/wealth-having-it-all-and-wanting-more>.
- 5 Berechnung des Vermögens der 62 reichsten Einzelpersonen auf Basis der jährlichen Forbes-Liste „The World’s Billionaires“, <http://www.forbes.com/billionaires/list>.
- 6 Das Gesamtvermögen der ärmeren Hälfte der Weltbevölkerung betrug 2010 rund 2,6 Billionen US-Dollar, dies entspricht rund 2,8 Billionen US-Dollar in Preisen von 2015. Im Jahr 2015 verfügte die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung über rund 1,7 Billionen US-Dollar. Berechnung auf Grundlage der Daten des Credit Suisse Global Wealth Databook 2014 und 2015.
- 7 Oxfam-Berechnung auf Basis des jährlich erscheinenden Credit Suisse Wealth Databook.
- 8 Oxfam-Berechnung auf Basis der World Panel Income Distribution (LM-WPID) Database von Lakner/Milanovic (2013), erstellt für C. Lakner and B. Milanovic (2013): Global Income Distribution: From the Fall of the Berlin Wall to the Great Recession, Washington: Weltbank, <http://elibrary.worldbank.org/doi/abs/10.1596/1813-9450-6719>. Die Daten für 2011 wurden im Rahmen einer persönlichen Korrespondenz mit B. Milanovic im September 2015 bereitgestellt.
- 9 In einem vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) veröffentlichten Papier wird der Anteil der reichsten 10 Prozent am Gesamtvermögen auf zwischen 63 und 74 Prozent des Gesamtvermögens geschätzt: C. Westermeier und M. M. Grabka (2015): Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland, Berlin: DIW, http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.496886.de/15-7-3.pdf.
- 10 J. Rock (2015): Gewinner und Verlierer. Paritätisches Jahresgutachten 2015, Berlin: Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, http://www.derparitaetische.de/uploads/media/Jahresgutachten_72_dpi_2015.pdf.
- 11 DGB-Bundesvorstand (2015): Einkommensungleichheit nimmt weiter zu, Klartext Nr. 30/2015, 30. Juli, Berlin, <http://www.dgb.de/themen/++co++28d-677de-36a1-11e5-ae93-52540023ef1a>.
- 12 L. Mishel und A. Davis (2015): Top CEOs Make 300 Times More than Typical Workers: Pay Growth Surpasses Stock Gains and Wage Growth of Top 0.1 Percent. Economic Policy Institute (EPI) Issue Brief #399. Washington DC: EPI, <http://s3.epi.org/files/2015/top-ceos-make-300-times-more-than-typical-workers.pdf>.
- 13 M. Karnik (2015): Some Indian CEOs make more than 400 times what their employees are paid, Indien: Quartz, <http://qz.com/445350/heres-how-much-indian-ceos-make-compared-to-the-median-employee-salary>.
- 14 Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (2015): DSW-Vorstandsvergütungsstudie 2015, Düsseldorf, <http://www.dsw-info.de/DSW-Vorstandsverguetungsstudie.2101.0.html>.
- 15 Vereinte Nationen (2015): The Millennium Development Goals Report 2015, New York, <http://www.undp.org/content/undp/en/home/librarypage/mdg/the-millennium-development-goals-report-2015.html>.
- 16 C. Hoy und E. Samman (2015): What if growth had been as good for the poor as everyone else?, London: Overseas Development Institute (ODI), <http://www.odi.org/sites/odi.org.uk/files/odi-assets/publications-opinion-files/9655.pdf>.
- 17 Laut Weltbank-Definition leben diejenigen Menschen in extremer Armut, die über weniger als 1,90 US-Dollar verfügen. M. Cruz, J. Foster, B. Quillin und P. Schellekens (2015): Ending Extreme Poverty and Sharing Prosperity: Progress and Policies, Policy Research Note PRN/15/03, Washington: World Bank, <http://pubdocs.worldbank.org/pubdocs/publicdoc/2015/10/109701443800596288/PRN03-Oct2015-TwinGoals.pdf>.
- 18 C. Lakner, M. Negre und E. B. Prydz (2014): Twinning the Goals: How Can Promoting Shared Prosperity Help to Reduce Global Poverty?, World Bank Policy Research Working Paper (7106), Washington, http://www-wds.worldbank.org/external/default/WDSContentServer/WDSP/IB/2014/11/13/000158349_20141113090851/Rendered/PDF/WPS7106.pdf.
- 19 F. Cingano (2014): Trends in income inequality and its impact on economic growth, Paris: OECD, <http://www.oecd.org/berlin/presse/einkommensungleichheit-beeintraechtigt-wirtschaftswachstum.htm>.
- 20 ebd.
- 21 C. Gonzales, S. Jain-Chandra, K. Kochhar, M. Newiak und T. Zeinullayev (2015): Catalyst for Change: Empowering Women and Tackling Income Inequality. Washington: IWF, <http://www.imf.org/external/pubs/ft/sdn/2015/sdn1520.pdf>.
- 22 Oxfam hat hierfür öffentlich zugängliche Informationen der 110 Unternehmen auf der Forbes-2000-Liste and der Unternehmen auf der Liste der strategischen Partner des Weltwirtschaftsforums (WEF strategic partners) analysiert. Es wurde untersucht, ob diese Unternehmen Tochterfirmen in Steueroasen haben, insbesondere in Ländern und Jurisdiktionen, die bekanntermaßen häufig für Steuervermeidung genutzt werden (Bermudas, Britische Jungferninseln, Irland, Jersey, Kaimaninseln, Luxemburg, Niederlande, Panama, Schweiz, Singapur).
- 23 UNCTAD (2015): World Investment Report 2015, Genf, http://unctad.org/en/PublicationsLibrary/wir2015_en.pdf; und IWF (2015): Base Erosion, Profit Shifting and Developing Countries, IMF Working Paper, Washington, <https://www.imf.org/external/pubs/ft/wp/2015/wp15118.pdf>.
- 24 Berechnung auf Grundlage von Daten des IWF. IMF Coordinated Portfolio Investment Survey (CPIIS) database, <http://data.imf.org/?sk=B981B4E3-4E58-467E-9B90-9DE0C3367363>. Investitionen in die folgenden Staaten und Jurisdiktionen wurden analysiert: Bermudas, Britische Jungferninseln, Irland, Jersey, Kaimaninseln, Luxemburg, Niederlande, Panama, Schweiz, Singapur.
- 25 G. Zucman (2014): Taxing Across Borders: Tracking Personal Wealth and Corporate Profits, Journal of Economic Perspectives, <http://gabriel-zucman.eu/files/Zucman2014JEP.pdf>.
- 26 ebd.
- 27 Laut WHO-Berechnung könnte durch jährliche Gesundheitsinvestitionen in Höhe von 8,7 Milliarden US-Dollar in 46 afrikanischen Ländern jedes Jahr rund vier Millionen Kindern das Leben gerettet werden. World Health Organization, The Partnership for Maternal, Newborn and Child Health and the University of Washington (2014): Investment Framework for Women’s and Children’s Health in Africa, Genf, http://www.who.int/pmnch/media/news/2014/aif_report.pdf?ua=1.
- 28 Laut UNESCO-Schätzung könnten mit einem Betrag in Höhe von 5,2 Milliarden US-Dollar die notwendigen zusätzlichen Lehrkräfte in den Ländern Afrikas südlich der Sahara bezahlt werden, damit jedes Kind zur Schule gehen kann. UNESCO (2014): Wanted: Trained Teachers to Ensure Every Child’s Right to Primary Education, Paris, <http://unesdoc.unesco.org/images/0022/002299/229913E.pdf>.
- 29 J. S. Henry (2010): Tax Offshore Wealth Sitting in First World Banks, Forbes, <http://www.forbes.com/forbes/2010/0719/opinions-taxation-tax-havens-banking-on-my-mind.html>.
- 30 AFP (2015): Corporate tax dodging is corruption: World Bank chief, Daily News, 6. November 2015, <http://www.dailynews.lk/?q=2015/10/02/world/corporate-tax-dodging-corruption-world-bank-chief>.

IMPRESSUM

Oxfam Deutschland e. V. ist eine unabhängige Nothilfe- und Entwicklungsorganisation. Im internationalen Oxfam-Verband setzen sich 17 Oxfam-Organisationen mit rund 3000 lokalen Partnern in mehr als 90 Ländern als Teil einer globalen Bewegung für eine gerechte Welt ohne Armut ein.

Herausgeber

Oxfam Deutschland e. V.
Januar 2016
V.i.S.d.P.: Marion Lieser

Oxfam Deutschland e. V.
Am Köllnischen Park 1
10179 Berlin
Tel.: +49 (0)30 45 30 69 0
E-Mail: info@oxfam.de

Deutsche Zusammenfassung und Ergänzung des Kampagnenreports „An Economy for the 1 %.
How privilege and power in the economy drive extreme inequality and how this can be stopped“
Vollständiger Text unter:
<https://www.oxfam.de/economy-1-percent>

Konzeption und Übersetzung

Tobias Hauschild

Redaktion

Jörn Kalinski, Steffen Küßner, Jörg Nowak

Layout

Marischka Lutz, www.marischkalutz.de

www.oxfam.de

Oxfam deckt Missstände auf.
Bitte unterstützen Sie unsere wichtige
Kampagnearbeit mit Ihrer Spende!

Spendenkonto: 80 90 500
Bank für Sozialwirtschaft
BLZ: 370 205 00
IBAN: DE87 3702 0500 0008 0905 00
BIC: BFSWDE33XXX
Stichwort: Soziale Gerechtigkeit
www.oxfam.de/spenden



Oxfams Arbeit zu diesem Thema wird von der Europäischen Union finanziell unterstützt. Für den Inhalt dieses Reports ist allein Oxfam Deutschland e. V. verantwortlich.



OXFAM
Deutschland